

Stellungnahme

Eingebracht von: Uhlig, Holger

Eingebracht am: 18.09.2020

Ich erhebe als mit den rechtlichen Grundlagen der republik verbundener Staatsbürger schärfsten Einwand gegen diesen Gesetzesentwurf. Dieser widerspricht sämtlichen in unserer Verfassung garantierten Bürger- und Freiheitsrechten, eröffnet der Beamten- und Justizwillkür jede Möglichkeit die bürgerlichen Freiheiten zu annullieren. darüber hinaus schreibt der Entwurf Maßnahmen fest, die gegen jede Wissenschaft und durch nichts belegt sind. Auch wird nicht definiert, was ein "Auftreten von COVID-19 Fällen" ist. (Die Messung aufgrund eines PCR-Test ist z.B. kein Nachweis eines "Falles"). es ist nicht definiert, was eine Überlastung des Gesundheitssystems sein soll. die Befugnisse für die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes sind dermaßen schwammig gefasst (Maßnahmen zur Vorbeugung gegen drohende Verwaltungsübertretungen) daß der Willkür jeder Raum gegeben wird. Die angedachten Beschränkungen der Bürger- und Menschenrechte sind bisher nur in totalitären Systemen üblich und daher außerhalb des Verfassungsbogens.